info links

6. 11. 2014 **09**

Die Zeitung des Bezirksverbandes Lichtenberg der Partei DIE LINKE

FOTO: R. DENNER

Erinnerung an Stefan Heym:
Der Schriftsteller und Antifaschist am 4. November auf dem Alex. 25 Jahre später, am 4. November 2014, wurde die Freifläche an der Frankfurter Allee/Ecke Möllendorffstraße nach Stefan Heym benannt. Die Linksfraktion in der BVV hatte im vergangenen Jahr – anlässlich seines 100. Geburtstages – die Platzbenennung beantragt.

Keine menschenunwürdigen Containerlager für Flüchtlinge!

Es klingt irgendwie romantisch, das Wort „Container-Dorf“. In einer Computeranimation des Senats sind bunte Container zu sehen. Davor glückliche Menschen. Doch der Begriff soll etwas verschönern, was eigentlich menschenunwürdig ist. Ein Dorf hat eine Schule, einen Dorfladen, ein Gemeindezentrum und eine freiwillige Feuerwehr. Ein Container-Dorf nicht. Es ist ein Lager, in dem Menschen massenhaft untergebracht werden, fernab einer sozialen Infrastruktur.

1980 flüchtete meine Familie vor dem mörderischen Militärregime in der Türkei. Wir kamen in einer Wohnung in Schöneberg unter. Mit sieben Personen in einer Einraumwohnung – aber es war unendlich besser als in einer Massenunterkunft. Es machte unser Leben in dieser fernen und fremden Welt etwas erträglicher.

Der SPD-CDU-Senat hat beschlossen, ein Containerlager für 480 Flüchtlinge in der Nähe des Tierheims Falkenberg entstehen zu lassen. Seit drei Jahren hat der Berliner Senat kein Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen, nun sollen Container her. Dies widerspricht der von der LINKEN verfolgten Politik der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen. Darüber hinaus widerspricht die Ortswahl selbst den vom Senat vorgegebenen Kriterien für die Aufstellung solcher Container-Lager. Es gibt vor Ort keine Möglichkeit, Flüchtlingskinder am Schulunterricht teilhaben zu lassen. Der abgelegene Standort erschwert es den Flüchtlingen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, er ist schlecht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Dabei gibt es Alternativen, so etwa die Unterbringung der Flüchtlinge in leer stehenden Gebäuden in der Siegfriedstraße.

EVRIM SOMMER, MdA, Bezirksvorsitzende der LINKEN. Lichtenberg

Ich sag mal …

„Es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen! Nach all den Jahren der Stagnation – der geistigen, wirtschaftlichen, politischen – den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit“, so Stefan Heym am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz.

Der Tag, den ich am intensivsten mit der politischen Wende in der DDR verbinde. An dem SED-Reformer, Kirchenvertreter, Bürgerbewegte und viele DDR-Bürger/-innen für demokratische Veränderungen in der DDR demonstrierten. Später ging es nur noch um den Beitritt zur BRD. Die basisdemokratischen Erfahrungen, der Verfassungsentwurf des Runden Tisches und die unterschiedlichen Biografien – vieles blieb auf der Strecke. Neues wurde möglich. Hoffnungen und Wünsche gingen in Erfüllung, aber es gab auch Enttäuschung und Wut: Verlust der Arbeit, Ungleichbehandlung von DDR-Biografien.

Niemand kann einem die Erinnerungen, Bewertungen und Schlussfolgerungen dieser Zeit nehmen. Redet darüber mit Verwandten, Freunden, Nachbarn. Die 1989 überwundene Sprachlosigkeit, der aufrechte Gang. Er soll nicht umsonst gewesen sein. Er wird gebraucht!

MICHAEL GRUNST,
Bezirksvorsitzender der
LINKEN. Lichtenberg

Kindergärten: Interview zur Kita-Situation mit Evrim Sommer (MdA) und Personalrätin Christiane Weißhoff

Ebola: Warum ist die Ebola-Epidemie in Westafrika von Marktgesetzen abhängig?

Geschichte: Vor 25 Jahren wurde die PDS gegründet – zwei Mitglieder halten Rückschau.

Am Stammtisch diskutiert der LINKE Ortsverband Frankfurter Allee Süd monatlich aktuelle Themen.

Der Bund als **Mietpreistreiber**? Schluss damit!

FOTO: S. SCHLÜSSELBURG

Protest:
Die Mieterinitiative Großgörschenstraße/Katzlerstraße wehrt sich.

Seit Jahren verschärft sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Insbesondere in Großstädten und an Hochschulstandorten wie Berlin wird bezahlbarer Wohnraum knapp.

Deshalb kommt den in Bundesbesitz befindlichen Wohnungen sowie für Wohnungsbau geeigneten Grundstücken eine wichtige Steuerungsfunktion zu. Diese Bestände könnten einen relevanten Beitrag zur Gewährleistung von bezahlbarem Wohnraum leisten.

Leider läuft es derzeit anders: Der Bund veräußert seit Jahren öffentlichen Wohnungsbestand und für Wohnungsbau geeignete Grundstücke. Und zwar in Größenordnungen: Zwischen dem 15. April 2013 und dem 30. Juni 2014 wurden allein in Berlin 67 Grundstücke mit 60 Wohnungen für insgesamt 84 Millionen Euro verkauft. Bis 2018 sollen in Berlin weitere 1 150 Wohnungen und viele weitere Grundstücke, darunter auch einige in Karlshorst, verkauft werden.

Dies geschieht gemäß den geltenden Gesetzen grundsätzlich nach dem Höchstpreisverfahren. Zwar hätte es oft bei bestimmten Geschäften die Möglichkeit gegeben, den Verkauf im Haushaltsausschuss des Bundestages zu stoppen. Dies scheiterte aber immer wieder an den Stimmen von CDU/CSU und SPD – selbst dann, wenn zuvor SPD-Abgeordnete das Gegenteil angekündigt hatten.

DIE LINKE ist längst aktiv geworden. Im Abgeordnetenhaus haben wir den Senat schon im Februar mit einem Antrag aufgefordert, gegenüber der Bundesregierung tätig zu werden. Im Bundestag haben wir einen Antrag für einen sofortigen Verkaufsstopp gestellt – er wurde von Union und SPD inzwischen abgelehnt.

Jetzt haben Gesine Lötzsch und die Bundestagfraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt, der diese Praxis generell neu regeln soll. Alle Wohnungsverkäufe sollen zukünftig vom Parlament beschlossen werden. Der Verkauf zum Höchstpreis soll abgeschafft und der Kaufpreis gedeckelt werden. Die Bundesländer sollen ein gesetzliches Vorkaufsrecht erhalten. Wenn Union und SPD Schluss machen wollen mit der Privatisierung öffentlicher Wohnungen und Grundstücke, brauchen sie nur zuzustimmen. KATRIN LOMPSCHER/ SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG

Treskowbrücke bleibt Baustelle

Die Bauarbeiten der Deutschen Bahn AG an der Karlshorster S-Bahnbrücke sind weitestgehend abgeschlossen. Ein Ende des Zustandes ist nicht in Sicht – zum Ärgernis der Karlshorster Bevölkerung. Wie geht es nun weiter?

Um diese Frage zu klären, traf sich der Bürgerverein Karlshorst am 12. September zu einer Ortsbegehung mit Vertreter/-innen der Bahn AG, des Bezirksamtes und Harald Wolf (MdA). Nach Auskunft der Bahn sind die Bauarbeiten nur auf die Bereiche des unmittelbaren Neubaus des Bahnhofes beschränkt. Die Wände, der Boden der Bahnhofshalle und der Eingang zur Treskowallee werden neu gestaltet.

Mehr Zusagen hat der Vertreter der Bahn bislang nicht gemacht. Der Vorsitzende des Bürgervereins, Andreas Köhler, und Harald Wolf werden sich mit dem Berlin-Beauftragten der DB AG treffen, um mit ihm die Anliegen der Bürger zu diskutieren.

FOTO: ANDRÉ NOWAK

Bleibt Baustelle:
Zum Dauerthema Treskowbrücke traf sich der Bürgerverein Karlshorst im September zu einer Ortsbegehung mit Vertreter/-innen der Bahn AG, des Bezirksamtes und mit Harald Wolf (MdA).

Am 11. November 2014 um 19.30 Uhr findet im Kulturhaus Karlshorst eine Veranstaltung zum Thema Baustand der Brücke und der Tangentialverbindung Ost statt. SILKE MOCK

SOLIDARISCH

GEGEN SOZIALE KÄLTE: FLÜCHTLINGEN HELFEN

Nun ist es wieder soweit! Der Winter naht und Weihnachten steht fast vor der Tür. Die Lichtenberger LINKE sammelt deshalb für Bedürftige, die besonders in der kalten Jahreszeit auf Hilfe angewiesen sind. Darum ruft der Bezirksvorstand der LINKEN die Lichtenberger/-innen auf, etwas für bedürftige Flüchtlinge in Lichtenberg zu spenden.

Dringend benötigt werden u. a. Winterkleidung und gut erhaltene Schuhe für Kinder, Frauen und Männer. Auch würden sich die Kinder über die einen oder anderen Spielsachen freuen.

In der Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14 und im Bürgerbüro in Neu-Hohenschönhausen in der Zingster Straße 12 können bis zum 6. Dezember innerhalb der Geschäftszeiten die Sachspenden entgegen genommen werden.

DANIEL TIETZE

INFO LINKS UNTERSTÜTZEN

Die „info links“ erscheint seit Oktober in neuem Gewand und findet bei vielen Leserinnen und Lesern Lob und Anerkennung. Als linke Bürgerzeitung informieren wir mit viel ehrenamtlicher Unterstützung über den Bezirk Lichtenberg und die Aktivitäten der LINKEN. Dafür sei allen Unterstützerinnen und Unterstützern, ob nun Redakteur/-innen, Artikelschreiber/-innen oder Verteiler/-innen an dieser Stelle herzlich gedankt. Auch bedanken wir uns bei denjenigen, die schon immer mit regelmäßigen Spenden unser Zeitungsprojekt unterstützt haben, und wir würden uns freuen, wenn noch mehr Leser/-innen mit ihren Spenden die „info links“ finanziell absichern. Wir freuen uns über jeden Betrag, ob klein oder groß.

Wir hoffen, dass Ihnen auch diese Ausgabe gefällt. Hinweise, Kritiken oder interessante Vorschläge sind immer herzlich willkommen.

Für die Redaktion: DANIEL TIETZE

Wer das Erscheinen von „info links“ unterstützen möchte:
Konto des LV Berlin, **IBAN:**
DE 59 1007 0848 0525 6078 03
BIC: DE UT DE DB 110
Bitte als **Verwendungszweck** immer angeben: „info links“, 810-503, Ihren Namen und Vornamen – und (für eine Spendenbescheinigung) Ihre Anschrift.

Kita-Essen oder Plasma-TV?

Wie geht es Kindern in unseren Kindergärten? Was muss verändert werden? Was müssen Eltern und Erzieherinnen leisten? Ein Interview mit Evrim Sommer (MdA) und Christiane Weißhoff, Personalrätin des Eigenbetriebs Kindergärten City. | Die Fragen stellte KLAUS SINGER.

FOTO: KLAUS SINGER

Trauriger Clown ohne Kinder: Dieses Problem haben die Erzieherinnen und Erzieher in Lichtenberg glücklicherweise nicht.

Evrim Sommer, Sie waren als direkt gewählte Abgeordnete in Ihrem Lichtenberger Wahlkreis unterwegs und besuchten 20 Kindertagesstätten. Was waren Ihre wichtigsten Eindrücke?

Sommer: Die Kinder fühlen sich wohl in unseren Kindereinrichtungen, und die Erzieherinnen und Erzieher leisten gute Arbeit. Ein Problem beschäftigt mich jedoch sehr: Es gibt Eltern, die das Essengeld von 23 Euro nicht für ihre Kinder bezahlen. Die Folge ist die Kündigung des Kita-Platzes.

Warum zahlen die Eltern das Essengeld nicht – sie bekommen doch 150 Euro Kindergeld?

Sommer: Es gibt das Vorurteil, dass Eltern ihre Kinder vernachlässigen und sich von dem Geld einen Plasmabildschirm kaufen. Das ist mir zu pauschal. Die Bundesregierung gibt zu, dass die Kinderarmut in Deutschland zunimmt. Und es gibt Eltern, die überfordert sind, die mit ihrem Leben nicht klar kommen. Darunter dürfen die Kinder nicht leiden!

Weißhoff: Es ist eigentlich Aufgabe der Einrichtung, in solchen Fällen Kontakt mit dem Jugendamt aufzunehmen, um eine Kündigung zu verhindern. Doch oft sind Erzieherinnen und Jugendamt überfordert. Es fehlt an Personal und Zeit, sich um solche Familien zu kümmern.

Warum?

Weißhoff: Für jedes Kind zahlt der Senat ein Platzgeld. Die Träger bekommen aber nur 93 Prozent der tatsächlichen Kosten erstattet. Die restlichen sieben Prozent müssen sie selbst erwirtschaften. Da wird eine solide Personalplanung zum Problem. Gerade dann, wenn Erzieherinnen wegen Krankheit ausfallen und Vertretungskräfte fehlen.

Wurde unter der SPD-LINKEN-Regierung in Berlin nicht der Personalschlüssel in den Kitas angehoben?

Weißhoff: Das war auch eine wirkliche Verbesserung. Allerdings haben wir das Problem, dass die Erzieherinnen zu wenig Zeit haben, das Berliner Bildungsprogramm umzusetzen. Da geht es u.a. um die Dokumentation der Entwicklung der Kinder. Das macht man nicht so nebenbei, wenn man sich gleichzeitig um 10 Krippenkinder kümmern muss.

Sommer: Das Bildungsprogramm hatten wir vor 10 Jahren in Berlin eingeführt. Wir wollten damit die Qualität der Einrichtungen sichern. Da gibt es Fortschritte, doch das Programm muss weiter entwickelt werden.

Welche Erfahrungen machen die Erzieherinnen mit Kindern, die die deutsche Sprache nicht beherrschen?

Sommer: In Hohenschönhausen – aber nicht nur dort – ist das wirklich ein Problem. Die Einrichtungen bekommen einen Zuschlag, wenn 40 Prozent der Kinder Deutsch nicht als Herkunftssprache haben. Wir forderten im Abgeordnetenhaus, dass die Quote auf 20 Prozent gesenkt wird. Doch SPD und CDU lehnen unsere Forderung ab.

Weißhoff: In den letzten Monaten kamen ja auch viele Flüchtlingskinder aus Kriegsgebieten nach Berlin, die auch ein Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Das ist eine große Herausforderung für die Erzieherinnen.

Sommer: Da gibt es natürlich Verständigungsprobleme – weder Eltern noch Kinder sprechen Deutsch. Und der Senat kümmert sich nicht darum und ist schon mit der Unterbringung der Flüchtlinge total überfordert. Der Senat muss endlich handeln. In Gebieten, in denen viele sozial benachteiligte Menschen leben, brauchen Kitas mehr Personal, und die Kinder müssen besondere Förderungen erhalten!

FOTO: KLAUS SINGER

Bessere Kitas? Im Bundestag könnte ein Qualitätskitagesetz beschlossen werden. Darauf hoffen Evrim Sommer und Christiane Weißhoff.

Ebola-**Markt**?

Die Globalisierung ist in aller Munde. Dabei geht es vor allem um neue Absatzmärkte, noch billigere Arbeitskräfte, mehr Rohstoffe und um Kriege.

Wenn es um globale Gesundheitsprobleme geht, dann hat man den Eindruck, dass Epidemien ein völlig neues Phänomen wären. In Liberia, Sierra Leone und Guinea sind die ohnehin schmalen Gesundheitssysteme wegen der raschen Ausbreitung des Ebola-Virus teilweise zusammengebrochen. Die Prognosen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehen bei einer günstigen Entwicklung von 20 000 Fällen und im schlechtesten Fall von 1,4 Millionen Fällen aus.

In den aktuellen Haushaltsberatungen im Bundestag kritisierte Gesine Lötzsch den Gesundheitsminister für sein zögerliches, unkoordiniertes und unentschlossenes Handeln bei der Bekämpfung der Ebola-Epidemie.

So bekam z. B. die Cap-Anamur-Klinik in Sierra Leone kein Geld von der Bundesregierung, weil sie schon vor Auflegung des Ebola-Fonds mit dem Aufbau der Klinik begonnen hatte. Das ist natürlich absurd, aber nicht ungewöhnlich. Die Bundesregierung kann dem Bundestag auch nicht sagen, wie viel Geld eigentlich das Robert-Koch-Institut und das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin aus Steuermitteln schon bekommen haben.

Abgesehen von ministerieller Unfähigkeit, gibt es ein viel grundsätzlicheres Problem: Es gibt keinen Markt für Ebola-Medikamente. Es ist scheinbar

FOTO: PRENSA LATINA

So geht's auch:
Kuba stellt mit 461 Ärzten und Pflegern das größte Helferteam im Ebola-Gebiet. Bisher waren über 76 000 kubanische Mediziner in 39 Ländern Afrikas im Einsatz.

„nur" ein afrikanisches Problem. 1976 wurde erstmals ein Ebola-Ausbruch in Kongo dokumentiert. Seitdem gibt es fast jährlich Ausbrüche in Ost- und Zentralafrika. Trotzdem befinden sich nach 38 Jahren Therapien erst im experimentellen Stadium. Warum? Offensichtlich gibt es keinen Markt mit zahlungskräftigen Kunden, die solche Medikamente kaufen würden. Das ist ein klassisches Marktversagen.

Die Bundesregierung darf sich nicht länger auf den Markt verlassen. Die Ebola-Krise zeigt, dass wir eine globale Gesundheitspolitik brauchen. Wir haben zwar die WHO, doch die bekommt seit Jahren zu wenig Geld. Der Gesundheitsminister plant sogar, die finanziellen Mittel für internationale Aufgaben zu senken.

Insgesamt hat die Bundesregierung 17 Millionen Euro für die Bekämpfung der Ebola-Krise ausgegeben. DIE LINKE hatte einen Ebola-Fonds von 50 Millionen Euro gefordert. Das ist immer noch weniger, als Frankreich bereit ist zu zahlen. Die Franzosen werden 70 Millionen Euro für Feldhospitale und Personal aufbringen.

Die Bundesregierung hat unseren Antrag routinemäßig abgelehnt und versicherte, dass sie alles im Griff hätte. Daran kann man berechtigte Zweifel haben. KLAUS SINGER

Chaos bei der Bundeswehr

Misswirtschaft und organisierte Verantwortungslosigkeit herrschen seit Jahrzehnten im Bundesverteidigungsministerium. Das ist kein Befund von linken Abgeordneten, sondern Ergebnis einer umfassenden Bestandsaufnahme und Risikoanalyse von zentralen Rüstungsprojekten durch eine der weltweit größten Beratungsfirmen für Unternehmen, KPMG. Die Verteidigungsministerin hatte KPMG beauftragt, Licht in das Dunkel der Rüstungsbeschaffung zu bringen.

Neun Rüstungsprojekte, u. a. der Schützenpanzer PUMA, das Transportflugzeug A400 M und der Eurofighter, mit einem Gesamtvolumen von über 50 Milliarden Euro wurden unter die Lupe genommen. Die Prüfer stellten fest, dass die Rüstungsgüter in der Regel zu teuer sind, nicht fristgerecht geliefert werden und nicht die vertraglichen Leistungen erfüllen. Der Bericht weist auf rund 140 Probleme und Risiken hin: so z. B. fehlende Führungskultur, unzureichende Transparenz und mangelnde politische Verantwortung.

Die neue Staatssekretärin im Verteidigungsministerium Dr. Katrin Suder erklärte im Haushaltsausschuss, dass im Ministerium das Handwerk nicht beherrscht werde. Es fehle an guten Juristen, die auf Augenhöhe mit Juristen aus den Rüstungskonzernen verhandeln könnten.

© BÜSING/PIXELIO

Teuer:
Geplant mit 14 Mrd. kostet der Eurofighter heute 26 Mrd. Euro.

Doch das ist nur ein Problem. Für mich hat das Chaos Methode. Die Beziehungen zwischen den Vertretern der Rüstungsindustrie und den Rüstungsbeschaffern in den Ministerien sind gut. Auch in der Regierung gibt es Minister, denen es nicht in erster Linie um die Sicherung der Landesverteidigung geht, sondern um die Sicherung der Waffenschmiede Deutschland. Die Wirtschafts- und Außenminister (beide SPD) wollen z. B. auf den U-Boot-Bau nicht verzichten, auch wenn deutsche U-Boote von der Bundeswehr nicht als konkurrenzfähig angesehen werden.

Sigmar Gabriel will Arbeitsplätze sichern. Das will die LINKE auch. Deshalb fordern wir einen Konversionsfonds, damit Unternehmen die Möglichkeit bekommen, von militärischer auf zivile Produktion umzustellen. Das wäre die beste Garantie für sichere Arbeitsplätze. GESINE LÖTZSCH

150
ZAHL DES MONATS

150 Millionen Euro soll das neue Besucher- und Informationszentrum des Bundestages (BIZ) kosten. Südlich der Scheidemannstraße soll auf 6 600 m² ein zweigeschossiges oberirdisches Gebäude entstehen. Der Zugang zum Reichstag soll über einen 120 m langen Tunnel erfolgen. Dazu muss die Scheidemannstraße unter- und die U-Bahn überquert werden. Allein der Tunnel soll 50 Millionen Euro kosten.

Gesine Lötzsch hatte im Januar 2013 die Bundesregierung nach den geplanten Kosten für das BIZ gefragt. Damals sagte Minister Ramsauer, er rechne mit 330 Millionen Euro. Wird es billiger?

Die Methode ist immer die gleiche: Der erste Vorschlag ist überteuert. Alle sind empört. Dann kommt der zweite Vorschlag. Der ist günstiger. Die Abgeordneten sind begeistert. So hat es auch beim BIZ wieder funktioniert. In der Regel steigen dann die Baukosten – wie beim Flughafen Schönefeld, der Staatsoper, beim Tiergartentunnel und bei fast allen großen Bauprojekten. Und ist erst einmal Geld geflossen, dann werden solche Projekte weiter finanziert, koste es was es wolle.

Warum werden die Besucher nicht einfach wieder am Westeingang des Bundestages empfangen, wie es vor den Terrorwarnungen war? Warum brauchen wir ein BIZ, wo doch der Bundestag schon ein riesiges Besucher- und Informationszentrum ist? Mit der Angst vor dem Terror kann man sehr gute Geschäfte machen, davon profitiert nicht nur die Rüstungs-, sondern auch die Bauindustrie.

Für das Geld könnten zirka 1 000 neue Wohnungen gebaut werden.

KLAUS SINGER

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Lötzsch: **Dienstag, 18.11., 17 Uhr** (Um Anmeldung wird wie immer gebeten: Telefon: 992 70 97 25 oder über die o. g. Mail.)

FRAKTIONS-REPORT

Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg **Ausgabe 02/2014**

FOTO: FOTOLIA

Familienunfreundlich: Bezirksamt als Arbeitgeber verliert Zertifikat „Beruf und Familie“

Das Bezirksamt Lichtenberg hatte sich 2011 an der Auditierung „Beruf und Familie“ der berufundfamilie gGmbH beteiligt und dafür als Ziel formuliert „Wir sind der kinder- und familienfreundliche Bezirk von Berlin“. Diese Zielsetzung wollte das Bezirksamt mit der damaligen Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (DIE LINKE) als größter Arbeitgeber des Bezirks mit der Auditierung bekräftigen und seine Leistungen, Angebote und Kultur systematisch weiter entwickeln.

Nach erfolgreicher Auditierung erhielt das Bezirksamt Lichtenberg am 25. August 2011 als erstes Bezirksamt in Berlin das Zertifikat.

Im Rahmen dieser Auditierung wurden die Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie begutachtet und weiterführende Ziele einer familienbewussten Personalpolitik definiert. Die daraus resultierenden Maßnahmen sollten innerhalb der nächsten drei Jahre umgesetzt werden.

Nun verlor das Bezirksamt mit seinen 1800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum 31. Oktober 2014 das Zertifikat „Beruf und Familie“. Das liegt daran, dass das Bezirksamt die geplanten Maßnahmen nicht umgesetzt hat und somit für eine Re-Auditierung keine Grundlage existiert.

Familienbewusste Personalpolitik ist heutzutage eine Pflicht für jeden Arbeitgeber. Viele Beschäftigte im Bezirksamt Lichtenberg gehören zu der Altersgruppe, bei der die Pflege von Angehörigen mehr in den Vordergrund rückt als die Kinderbetreuung. Eine Anpassung der Rahmenbedingungen ist daher dringend notwendig. Der Stillstand der letzten drei Jahre ist ein Armutszeugnis des zuständigen Personalstadtrats und Bezirksbürgermeisters Andreas Geisel (SPD). Seinen Ankündigungen folgten leider keine Taten. Dabei lagen bei seiner Amtsübernahme Ende 2011 bereits die Entwürfe der Dienstvereinbarungen in der Schublade.

Zu den Maßnahmen gehörten unter anderem, die Rahmenbedingungen zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung mit individuellen Lösungen weiterzuentwickeln, Teilzeitarbeit von Beschäftigten mit familiären Verpflichtungen grundsätzlich zu bewilligen, das Gesundheitsmanagement mit familienbezogenen Angeboten auszubauen und Rahmenbedingungen für alternierende Telearbeit zu entwickeln.

Der öffentliche Dienst in den Berliner Bezirken ist mittlerweile gelähmt. Allein in Lichtenberg müssen noch 18 Prozent Personal abgebaut werden, gleichzeitig werden die Aufgaben eher mehr statt weniger. Dazu kommt eine sich verschlechternde Gesundheitsquote, die klar ein Resultat des Abbaus ist.

Es ist längst überfällig, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Dafür setzt sich die Fraktion DIE LINKE in Lichtenberg und im Abgeordnetenhaus weiterhin ein.

HENDRIKJE KLEIN,
Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV

KOMMENTAR

Brauchen wir noch das Büro für Sozialplanung?

Diese Frage kann ich nur mit „Ja“ beantworten, und aus diesem Grunde setzen wir uns dafür ein. Das Büro für Sozialplanung wurde zur Zeit der beiden Sanierungsgebiete Kaskel- und Weitlingstraße als Anlaufstelle für Fragen, die mit der Sanierung und Modernisierung der Wohnungen im Zusammenhang standen, ins Leben gerufen und durch das Bezirksamt finanziert. Wer hierher kam, erhielt kompetente Beratung, Unterstützung gegen Willkür der Hauseigentümer bei der Sanierung und Hilfe bei der Suche nach Ersatzwohnungen, wenn nach der Sanierung die Miete nicht mehr zu bezahlen war.

Kaskel- und Weitlingviertel sind zwar keine Sanierungsgebiete mehr, doch noch immer kommen die Mieter mit ihren Sorgen vorbei. Es gibt Belegungs- und Mietpreisbindungen und noch anderes mehr, wo man den Vermietern auf die Finger sehen muss.

Aber auch um andere Gebiete in Lichtenberg kümmert sich Dr. Fehse, wenn Vermieter ihren Wohnungsbestand sanieren, um exorbitante Mieterhöhungen erzielen zu können. Solch ein Gebiet sind die Wohnungen um die Anna-Ebermann-Straße. Nur durch diese Mieterberatung war das Bezirksamt bereit und in der Lage, die Vereinbarung zur sozialverträglichen Sanierung abzuschließen.

Jetzt steht die Finanzierung des Büros durch das Bezirksamt auf der Kippe. Wir als LINKE fordern, dass ein Teil der Mittel aus der Sprinterprämie für die Finanzierung der vermieterunabhängigen Mieterberatung eingesetzt wird. DAGMAR MÜLLER

BILD: FOTOLIA

Das **Geld** muss wieder den **Aufgaben** folgen

In der Jugendarbeit klaffen Finanzierungslücken | NORMAN WOLF

FOTO: PETER FISCHER

Vor Ort im Gespräch:
Vertreter von freien Trägern der Jugendhilfe sowie der LINKEN beraten in der „Kinderbude“.

Anfang Oktober hatte unsere Fraktion freie Träger zum Austausch über die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit eingeladen. Die positive Resonanz auf unsere Einladung überraschte nicht. In einem Brandbrief an den Bürgermeister hatte der Lichtenberger Jugendbeirat bereits in der ersten Jahreshälfte auf die prekäre finanzielle Situation von Trägern hingewiesen.

Es besteht Einigkeit darin, dass die Jugendarbeit in der gesamten Stadt unterfinanziert ist. Auch ein kürzlich getroffener Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses ändert daran nichts. So soll an einigen Stellschrauben der Kosten-Leistungs-Rechnung gedreht werden, die Finanzierungslücke wird dadurch aber nicht geschlossen. Auf Basis einer Kennzahl „Angebotsstunde je gewichtetem Einwohner“ sollen auf die Bezirke Mittel stärker nach Einwohnerzahl und Sozialraumorientierung verteilt werden. Es ist möglich, dass nach dieser Gewichtung Lichtenberg am Ende sogar weniger Zuweisungen bekäme.

In Lichtenberg versuchten CDU, SPD und Grüne, Angebotsstunden in den Jugendfreizeiteinrichtungen freier Träger zu 30 Prozent auf Nichtfachkräfte und Ehrenamtliche abzuwälzen. Die Rechnung geht aber nicht auf. Denn Ehrenamt ist keine verlässliche Größe, mit der man rechnen kann. Ehrenamt ist wünschenswert, aber kann nicht eingefordert werden. Die „Kinderbude“, eine Einrichtung der Caritas, sieht sich nicht imstande, diese Nichtfachkräftequote zu erfüllen. Die Konsequenz: Sie wird ihre Einrichtung zum Ende des Jahres schließen.

Als vor sieben Jahren die BVV den Beschluss zur Übertragung von 17 Jugendfreizeiteinrichtungen fasste, bekannte man sich zu einer auskömmlichen Finanzierung dieser Einrichtungen. Zu spüren ist davon heute nicht mehr viel. Träger klagen, dass sie höhere Tarifabschlüsse nicht an ihre Mitarbeiter weitergeben können. Und freilich leidet auch die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen darunter. Der Bürgermeister hält das „Hineinpumpen mehr Geldes“ in das System für falsch, obwohl es seit Jahren einen Abwärtstrend bei Ausgaben und Angeboten gibt. Das halten wir für falsch. Das Geld muss wieder den Aufgaben folgen und nicht umgekehrt.

SOLIDARITÄT MIT DER KOPTISCHEN KIRCHE

FOTO: NORMAN WOLF

Solidarisch:
Die Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Michael Grunst, besuchten die koptische Gemeinde am Roedeliusplatz.

Auf Initiative der Linksfraktion und als Antrag aller Fraktionen in der BVV erklärten die Verordneten in einer Resolution einstimmig ihre Solidarität mit der Koptisch-Orthodoxen Kirche St. Antonius und St. Shenouda Lichtenberg, auf die in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober ein Brandanschlag sowie ein weiterer Anschlag verübt wurde.

Daniel Tietze (DIE LINKE) begründete für die Einreicher folgendes: „Lichtenberg ist und bleibt ein demokratischer Bezirk der Vielfalt und Toleranz, der keinen Raum für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit duldet! Menschen in Not, die wie in der Koptischen Gemeinde als Flüchtlinge aus ihrer Heimat ein Zuhause finden, sind willkommen.“ Die Schandtaten wurden von der BVV auf das Schärfste verurteilt.

Zur Gemeinde der Koptischen Kirche am Roedeliusplatz gehören etwa 250 Familien, gut 900 Mitglieder.

Eine Schule für mehr als 7 150 Schüler

Ein halbes Jahr benötigte das Bezirksamt Lichtenberg, um eine Zwischenbilanz zum Stand der Umsetzung des Musikschulkonzepts für die Jahre 2011 bis 2016 vorzulegen. Gefordert hatte dies die Fraktion DIE LINKE bereits im März. Nun wurde der Bericht präsentiert – als Entwurf.

Rückblende: Es waren die damalige Linksfraktion und ihre Bezirksbürgermeisterin, die 2006 das „Musikschulkonzept 2010“ auf den Weg brachten, das die entgeltfreie musikalische Früherziehung in den Kitas einführte und die Steigerung der Schülerzahlen bewirkte. Die erfolgreiche Entwicklung wurde noch 2011 mit dem Konzept „Musik für alle“ fortgeschrieben. Wenn wir heute der Schostakowitsch-Musikschule eine gute Arbeit und Entwicklung bescheinigen können, ist das eine Erfolgsgeschichte auch der LINKEN.

FOTO: FOTOLIA

Die besondere Anerkennung gebührt jedoch Lehrkräften und Leitung der Musikschule, ihrem Engagement und ihrer Suche nach zeitgemäßen Unterrichtskonzepten. Mit ca. 7 150 Schüler/-innen wird eine in Berlin vorbildliche Breitenwirkung erreicht. Die muss auch künftig finanziell im Haushalt abgesichert werden. Die Folgen von Unsicherheit nach dem Bezirksamtswechsel lassen sich am Rückgang der Unterrichtsstunden im Jahr 2012 ablesen. Vorgesehen war auch die stärkere Einbeziehung von Senioren. Ihr Anteil an den Musikschülern ist noch steigerungsfähig, bevor von einer Musikschule für alle Generationen gesprochen werden kann. Dass das Thema Inklusion angepackt werden soll, ist lobenswert. JÜRGEN HOFMANN

NACHMACHEN: DIE „NETTE TOILETTE“

Öffentliche stille Örtchen sucht man in unserem Bezirk oft vergeblich. Unter den zehn meist votierten Vorschlägen zum Bürgerhaushalt waren gleich drei, die eine öffentliche Toilette forderten. Die Linksfraktion hat dieses Problem aufgegriffen. Zunächst soll dazu eine Übersicht erstellt werden, die Standorte von öffentlichen Toiletten benennt. Außerdem soll eine Prioritätenliste erstellt werden, wo öffentliche Toiletten notwendig sind. Bei der Aufstellung von Toiletten handelt es sich zwar nicht um eine Pflichtleistung des Bezirkes. Doch warum nicht bei anderen abgucken? Bremen und Stuttgart machen es vor. Hier betreibt die städtische Abfallwirtschaft die „Nette Toilette“.

100 Jahre OZK

26. Oktober 1914: An diesem Tag wurde das „Krankenhaus der Stadt Berlin-Lichtenberg“ offiziell eröffnet.

100 Jahre danach: 550 Betten, 3000 Babys, 30000 stationäre Fälle im Jahr – mitten in Lichtenberg. Respekt und Anerkennung für diese Zahlen, aber vor allem Dank den 1000 Beschäftigten und vielen Ehrenamtlichen des Oskar-Ziethen-Krankenhauses.

Das Krankenhaus ist als Akademisches Lehrkrankenhaus der Charité und Krankenhaus der Schwerpunktversorgung sowie Unfallkrankenhaus in Lichtenberg nicht mehr wegzudenken. Durch kluge Investitionsentscheidungen der letzten Jahre und auch mit investiver Unterstützung des Landes Berlins unter den Gesundheitssenatorinnen der LINKEN Heidi Knake-Werner und Katrin Lompscher konnte der Standort gesichert, saniert, weiter ausgebaut und die Kinder- und Jugendklinik integriert werden. Grund genug, dass wir gratulieren und uns bedanken. Weiter so. MICHAEL GRUNST

FOTO: DIE LINKE

Beliebtes Fotomotiv:
Dr. Sandra Obermeyer und Michael Grunst vor einem alten Barkas, der anlässlich des 100. Jubiläums des Krankenhauses aktiviert wurde.

Kinder und ihre Rechte

FOTO: NORMAN WOLF

Fight for your Right:
So lautete das Motto der Kinderkonferenz, an der auch Stadträtin Dr. Sandra Obermeyer teilnahm.

Auch Kinder haben Rechte. Diese sollen sie kennen und verstehen lernen. Dazu fand im Humboldt-Haus in der Warnitzer Straße die Kinderkonferenz statt. Die Kinderrechte wurden vorgestellt und jeder konnte sich in Workshops damit auseinandersetzen, beim Rappen, Tanzen, Gestalten. Die Tafel mit den Kinderrechten, auf der die Kids unterschrieben hatten, nahm unsere Stadträtin Dr. Sandra Obermeyer in Empfang. Das Projekt wird unterstützt durch den Lokalen Aktionsplan Hohenschönhausen „Toleranz fördern. Kompetenz stärken“. Als Linksfraktion haben wir auf unsere Forderung, das EU-Schulobstprogramm in Berlin umzusetzen, aufmerksam gemacht. Der Senat verweigert seine Teilnahme an dem von der EU zu 75 Prozent finanzierten Projekt, das Grundschulkindern kostenloses Obst zur Verfügung stellen würde. SILKE MOCK

Kreuzungsumbau frühestens ab März 2015

Der Umbau der Kreuzung Frankfurter Allee/Buchberger Straße zu einem sogenannten Vollknoten ist leider ein gutes Beispiel dafür, wie Behördenpannen zwischen Bezirk und Senat zu berechtigtem Frust und politischem Vertrauensverlust bei Anwohnern und Autofahrern führten.

Zuletzt hieß es, der Baubeginn verzögere sich, weil zuerst die notwendige Sanierung der Abwasserleitung durch die Wasserbetriebe vorgenommen werden muss. Wir haben nachgehakt: Ursprünglich sollte die Abwasserleitung bereits zwischen dem 18.8. und dem 31.12.2014 saniert werden. Allerdings hat die Verkehrslenkung Berlin die notwendige behördliche Anordnung nicht erteilt. Dies wurde inzwischen nachgeholt. Dennoch verschiebt sich der Baubeginn der Kreuzung auf den 16.3.2015. Hoffen wir, dass der Zeitplan diesmal eingehalten wird. SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG

FOTO: S. SCHLÜSSELBURG

Kreuzungsumbau:
Kann der Zeitplan diesmal eingehalten werden?

Linker **Schwimmkurs**

Das war ein nasser Auftakt in die Herbstferien. Das Wetter ist aber nicht gemeint. Unsere Verordneten hatten gespendet und Lichtenberger Kindern einen zweitägigen Schwimmkurs in der Anton-Saefkow-Schwimmhalle ermöglicht.

Anlass für unsere Aktion gab die alarmierende Zahl von Nichtschwimmern im Bezirk. Konnten in Lichtenberg im Schuljahr 2008/2009 noch 8,7 Prozent der Schülerinnen der 3. Klasse nach Ablauf des Schwimmunterrichtes nicht schwimmen, sind es nach Ablauf des Schuljahres 2012/2013 schon 15,5 Prozent.

Die Senatsverwaltung schließt jedoch eine weitere Förderung für Nichtschwimmer nach Ablauf des 3. Schuljahres aufgrund fehlender Hallenkapazitäten aus.

Deshalb fordern wir, Hallenkapazitäten zu erweitern und die Vereine bei der Durchführung von Anfängerkursen zu unterstützen. Unsere Forderungen wollen wir auch im nächsten Jahr wieder mit einem linken Schwimmkurs verbinden. NORMAN WOLF

FOTO: SILKE WENK

Nasser Start in die Ferien:
Am Beckenrand beobachten die Fraktionsmitglieder Hendrikje Klein und Norman Wolf das Geschehen, während Trainer Matthias Seidel den Kurs leitet. Auch Gesine Lötzsch war zum Schwimmkurs gekommen.

Topographie der Person – **Michael Grunst** im Porträt

ROMAN VERESSOV hat dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes und Fraktionschef der LINKEN auf den Zahn gefühlt.

FOTO: JÖRG RÜCKMANN

Unterwegs:
Michael Grunst beim diesjährigen Sommerfest der LINKEN

Viele Menschen lassen sich durch Lebensphasen oder Karrierestufen charakterisieren – bei Michael Grunst hält man sich besser an Orte, die eine Art Topografie seiner Person ergeben.

Im Zentrum steht zweifelsohne Lichtenberg, wo Grunst aufgewachsen und bereits vor 1989 kulturell mit dem demokratischen Sozialismus in Berührung gekommen ist – u. a. in der Werner-Lamberz-Oberschule durch einen Elternbeirat namens Gregor Gysi und bei Punkkonzerten im Jugendclub „Linse“. Bei „Elektroprojekt und Anlagenbau“ hat er seine Ausbildung als Wirtschaftskaufmann gemacht.

Danach ist er, begeistert von Michail Gorbatschow, kurzzeitig in die SED gegangen, um ihr Demokratie einzuhauchen – eine aus seiner heutigen Sicht naive Hoffnung. Seiner „links-libertären“ Position ist er treu geblieben, hat nach dem Ruin der DDR aber Abstand zu Parteien gehalten und berufliche Neuorientierung u. a. in Friedrichsfelde gesucht, wo er an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege ein Diplom als Verwaltungswirt erworben hat.

1996 ist Grunst der PDS beigetreten, die durch ihre Entwicklung für ihn „wieder glaubwürdig“ geworden war. Seitdem ist er im Bezirksvorstand der Partei, unterbrochen durch die schwierigen Jahre der Fusion Lichtenbergs mit Hohenschönhausen (2000 – 2003), in denen er sich auf seine Arbeit im Jugendhilfeausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), der er seit 1999 angehört, konzentrierte. Zweimal, von 1997 bis 1999 und von 2007 bis 2010, hat er im Landesvorstand der Berliner PDS bzw. LINKEN mitgearbeitet. 2012 ist Grunst Vorsitzender des Bezirksverbands und in diesem Jahr Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV geworden.

Mit einigen Orten ist er durch politische Erfolge besonders verbunden. In der Parkaue fand ab 1996 zehn Jahre lang das „Rock für Links“-Festival statt, das der engagierte Jugendpolitiker lange mitorganisiert hat; nebenan liegt die „Linse“, die 2003 nicht zuletzt mit seiner Hilfe gerettet werden konnte. In Rummelsburg schließlich war Grunst an der Bürgerinitiative beteiligt, die 2009 im Protest gegen einen Kohlekraftwerksbau Vattenfall in die Knie gezwungen hat.

Sein Lieblingsort ist allerdings der Weitlingkiez, wo Michael Grunst schon seit vielen Jahren zu Hause ist und den er mit warmer Emphase als „ehrlich, authentisch und ungeschminkt“ beschreibt. Das gleiche Wohlgefühl möchte er für alle Menschen im Bezirk, ob Jung oder Alt, mit mehr oder weniger Geld, Neu- oder Altlichtenberger, erreichen und streitet darum für bezahlbare Mieten, gute soziale Infrastruktur und bürgernahe Verwaltung.

Südlich davon liegt Treptow-Köpenick, dessen Ordnungsamt Grunst leitet – eine Tätigkeit, in der er die Bürgernähe genießt und die ihm gestattet, wunschgemäß „*für* die statt *von* der Politik zu leben“. Hier im Stadion An der Alten Försterei des 1. FC Union Berlin, eines für Grunst „fast sozialistischen“ Vereins, fiebert er bei jedem Spiel in der egalitären Atmosphäre mit, wo „vom Arbeiter bis zum Professor alle nur Unioner“ seien.

Im Osten befindet sich Moskau, wo er 1988 Gorbatschow erlebt hat, dessen „Mut zur Wahrheit“ er nach wie vor bewundert – obgleich man, so Grunst ironisch, jetzt zugeben müsse, dass „der Mann keinen Plan hatte“. Im fernen Westen liegt Kuba, das er zweimal (1997 und 2003) besucht hat und dort „mit dem Staatssozialismus ab-, aber die Menschen ins Herz geschlossen“ hat.

Den ultimativen Ort bzw. „Nichtort“, die sozialistisch-kommunalpolitische Utopie, findet Michael Grunst im Schlussmonolog Fausts: Ein „paradiesisch Land“, in dem man „nicht sicher zwar, doch tätig-frei wohnen“ und „auf freiem Grund mit freiem Volke stehn“ könnte.

Rock für links:
Tausende besuchten regelmäßig in der Parkaue „Rock für Links“. Immer mit dabei, Bands und Technik der „Linse“.

FOTO: DIE LINKE

BUCHTIPP

Durch Zufall entdeckte Jennifer Teege ein Buch, das ein düsteres Geheimnis ihrer Familiengeschichte enthielt. Ausgerechnet sie, eine Deutsche mit einem afrikanischen Vater, Adoptivkind, die in Israel studiert hatte, sollte die Enkelin des sadistischen KZ-Kommandanten von Plaszow, Amon Göth, sein. Als sie Gewissheit darüber erlangte, war für sie nichts mehr, wie es einmal war. Sie begann, ein Netz aus Lügen und Verschweigen zu entwirren, an dem sie fast zerbrochen wäre. Ihr Buch erzählt aus der Enkelperspektive über verdrängte Wahrheiten, Scham- und Schuldgefühle. Da ist die geliebte Großmutter Ruth Irene Kalder, die ihren ehemaligen Lebensgefährten Amon Göth bis zu ihrem Freitod 1983 wie einen Heiligen verehrte.

Göth war nach dem Krieg von den Alliierten nach Polen ausgeliefert und 1946 gehenkt worden. Bedrückend sind auch die Schilderungen Teeges über ihre leibliche Mutter Monika, der Tochter von Göth und Kalder, die 1946 geboren wurde. Jennifer Teege hat mühsam gelernt, offen mit ihrer Familiengeschichte ohne falsche Rechtfertigungen, aber mit einer besonderen Verantwortung für die nächste Generation umzugehen.

- Jennifer Teege/Nikola Sellmair: **„Amon. Mein Großvater hätte mich erschossen“**, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2013, ISBN 978-3-498-06493-8, 256 Seiten, 9,99 €

IMPRESSUM

Herausgeber:
DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V. i. S. d. P. Hendrikje Klein, Michael Grunst (Fraktionsvorsitzende)
Adresse der Redaktion:
Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de
Web: www. linksfraktion-lichtenberg.de
Telefon: (030) 90 296 31 20
Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:
3. November 2014

Gestaltung: Jörg Rückmann
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Ein **Vierteljahrhundert PDS** – Ihre Erinnerungen sind gefragt

FOTO: NORDINFO

1. Mai 1994:
Auch Genossen aus Lichtenberg waren für die PDS im Berliner Lustgarten dabei.

Im Dezember dieses Jahres jährt sich zum 25. Mal der Jahrestag der Umbenennung der SED in SED-PDS.

Um diesen Jahrestag nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, hat der Bezirksvorstand eine Arbeitsgruppe „25 Jahre PDS“ ins Leben gerufen. Sie soll eine festliche Veranstaltung vorbereiten, die für Anfang kommenden Jahres geplant ist.

Nach unserem Aufruf in der Oktober-Ausgabe der „info links“ haben uns schon einige Leser ihre Erinnerungen aufgeschrieben und Fotos und Dokumente geschickt. Aus den Materialien wollen wir eine kleine Ausstellung zusammenstellen.

Noch ist genug Platz, und wir freuen uns weiter über Fotos und Plakate, über Materialien aus den Wahlkämpfen u. v. a. m. aus diesen Jahren in Lichtenberg und Hoheschönhausen.

Bitte meldet Euch: Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14.

MICHAEL STADLER

1989: Ende und Aufbruch

1989 war eine interessante und aufregende Zeit, zugleich auch schwer. Ich war Direktorin einer Schule in Neu-Hohenschönhausen. Natürlich machte die Situation damals nicht vor der Schultür halt. Die Diskussionen mit den Lehrern, Schülern und Eltern spiegelten wie ein Brennglas die Probleme des Zusammenbruchs der DDR wider. Am Tage galt es, den normalen Schulalltag zu sichern. Abends gab es viele Gespräche mit denen, die sich noch der Idee einer humanistisch-sozialistischen Gesellschaft verbunden fühlten und für den Erneuerungsprozess der Partei Verantwortung übernahmen.

In den neuen Basisorganisationen begann nach dem Dezemberparteitag eine breite Debatte. Eingebettet in diesen Prozess waren die Wahlen vom 6. Mai 1990 und die Vorbereitung der Zukunftskonferenz am 23. Juni 1990 in Hohenschönhausen. Es wurde über die Erfordernisse des Erneuerungsprozesses, über Wege zum demokratischen Sozialismus sowie über gegenwärtige und zukünftige Aufgaben der Partei gestritten. Nach den Wahlen im Mai zogen wir mit 45 Fraktionären für die PDS in die BVV ein. Das war für mich der Beginn eines 22-jährigen kommunalpolitischen Engagements für die PDS und die Linkspartei.

Meine Entlassung aus dem Schuldienst 1991 und der dann beginnende Existenzkampf zeigten mir, dass es in diesem Land eine linke Kraft geben muss, die sich für die Umsetzung des Traums der Menschheit nach einer gerechten, humanistischen Gesellschaft einsetzt. Es liegt an uns und den nachfolgenden Generationen, diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen.

INGRID SCHILDE

Das eigene Leben überdenken

1989/1990: Mit der Abwicklung meines Arbeitsplatzes war mir auch meine politische Heimat abhanden gekommen. Es gab keine Betriebsparteiorganisation mehr, meine Genossinnen und Genossen „verschollen“ und mit anderen Sorgen als Parteiarbeit, konfrontiert.

Ich selbst musste erst einmal mein bisheriges Leben, auch mein politisches, überdenken. Als SED-Mitglied von der führenden Kraft zum Buhmann der Nation zu werden – das machte schon nachdenklich – zumindest mich. Kontakte zu Parteimitgliedern im Wohngebiet hatte ich kaum, man kannte sich lediglich vom Sehen bei Veranstaltungen in Vorbereitung für Wahlen oder anderen politischen Höhepunkten.

Dazu kam, dass viele die Partei verließen. Auch ich dachte darüber nach. Meine Enttäuschung über das Auftreten und Agieren eines Teils der „führenden“ Genossen war groß. Aber ich war ja nicht wegen Honecker, Mittag und Mielke Mitglied der SED geworden, sondern um für eine humanistische und soziale Welt zu wirken.

Im Dezember 1989 fand der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS statt. Im Statut der SED/PDS hieß es: „Die Partei ist eine marxistische sozialistische Partei“. Es gab also noch die anderen, die genau wie ich politisch weiterarbeiten wollten. Mein Weg führte mich in die Alfred-Kowalke-Straße, zum Lichtenberger Kreisvorstand der SED/PDS. Hier hatte ich Kontakt zu weiteren Parteimitgliedern, und wir konnten gemeinsam eine Basisorganisation aufbauen. Funktionen wurden übernommen – BO-Vorsitzender, Delegierter zu Hauptversammlungen, zu Landes- und Bundesparteitagen.

Aber es war nicht immer einfach. Auseinandersetzungen mit der Geschichte, sowohl der Partei als auch meiner eigenen, waren so manches Mal schmerzhaft. Ich ärgerte mich zunehmend nicht mehr über meine früheren Parteioberen, sondern über mich selbst. Mein eigenes Versagen als Parteimitglied, die Selbstdisziplinierung, wo es auf mein statutengemäßes Handeln angekommen wäre, mein falsches Verständnis von Parteidisziplin.

2014: Ich habe mir vorgenommen, so etwas nie wieder zuzulassen. Bei mir selbst und in meiner neuen politischen Heimat – der Partei DIE LINKE.

HEINRICH SCHMEING

FOTO: ND/SCHMIDTKE

Neuanfang:
Auf dem Außerordentlichen Parteitag am 9. Dezmber 1989 wurde Gregor Gysi zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Energiewende – aber bitte richtig!

Wie geht es mit der Energieversorgung in Berlin weiter? Was passiert mit dem Strom- und Fernwärmenetz? Was ist mit dem Stadtwerk für Berlin in öffentlicher Hand?

Harald Wolf (MdA) spricht am 24. November über die Veränderungen, die mit der Energiewende auf Berlin zukommen.

Der Senat hat bisher keine Strategie für ein klimaneutrales Berlin entwickelt. Diese Aufgabe übernimmt nun die Enquetekommission im Abgeordnetenhaus. Innerhalb eines Jahres muss sie klären, welche wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen auf Strom-, Wärme- und Gasnetz, auf öffentliche und private Verbraucher und Kunden sowie Anbieter zukommen.

Ist die Energiewende noch bezahlbar? Energie wird immer teurer. Wir wollen über die Ursachen dieser Entwicklung sprechen und wie „Energiearmut“ verhindert werden kann.

Katrin Lompscher (MdA) wird über die Notwendigkeit sprechen, den Klimaschutz mit dem Mieterschutz zu verbinden. Die energetische Modernisierung wird häufig für mietsteigernde Maßnahmen genutzt und führt zu verstärkter sozialer Ausgrenzung.

Auch nach einer Modernisierung muss die Gesamtmiete stabil bleiben. Dafür brauchen wir eine Veränderung des Mietrechts!

- Veranstaltung zur Energiewende: **24. November, 18 Uhr**, Bürgerbüro von Harald Wolf, Alfred-Kowalke-Straße 14

FOTO: SILKE MOCK

Neues Bürgerbüro: Zingster Straße 12

FOTO: DIE LINKE

Gesine Lötzsch, Evrim Sommer und Wolfgang Albers (v. r. n. l.) zeigten am 23. Oktober beim Tag der offenen Tür ihre neuen Bürgerbüros in der Zingster Straße 12. Exemplarisch für die Veranstaltungen, die die Besucher hier in Zukunft erwarten können, diskutierten die drei Abgeordneten mit den zahlreichen Gästen die aktuelle politische und soziale Situation im Bezirk. Ulrich Haegert zeigte mit Fotografien vielfältige Perspektiven auf den Bezirk, und Regine Röder-Ensikat las aus ihrem Krimi „Leichen unter Kavier“, der in Hohenschönhausen spielt.

KATRIN PETERMANN

„Geh doch rüber“

Eine Lesung mit dem Bundestagsabgeordneten der LINKEN und Buchautor Jan Korte

FOTO: DIE LINKE

„Als ich mit meiner Frau vor Jahren in ihrer Heimat Sauerland dem als Schützenfest getarnten Ereignis namens Massenbesäufnis mit Uniform beiwohnen durfte, dachte ich nur: „Das müsste man mal aufschreiben, sonst glaubt’s drüben keiner!“

Auf eine sehr sympathische Art hat dies Jan Korte getan. Korte ist Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE, geboren im Westen, 2009 direkt in den Bundestag gewählt, im Osten. In seinem Buch „Geh doch rüber. Feinste Beobachtungen aus Ost und West“ beschreibt Jan Korte, wie er erfolgreich zum Ost-Linken wurde.

Korte berichtet über allerlei Unterschiede und Gemeinsamkeiten, die er bei seinen Mitmenschen im geeinten Land beobachten konnte – angefangen bei der Aussprache des eigenen Vornamens bis hin zur Bedeutung des Handschlags bei der Begrüßung in Ost und West.

Der „Jahn“ (Aussprache Ost) hatte es nicht gerade leicht, als er seinen politischen Lebensmittelpunkt in den wilden Osten verlegte. Der Jan (Aussprache West) hat die kleinen Klippen gemeistert – und kann nun gelassen seine Erlebnisse reflektieren und nimmt sich dabei auch selbst auf die Schippe. Jan Korte ist zu Gast bei Michael Grunst und liest aus seinem Buch.

- **Freitag, 26. November, 19 Uhr,** „Kiezspinne“, Schulze-Boysen-Straße 38

MIT RAT & TAT

KONTAKT

Die **Geschäftsstelle der LINKEN** in der Alfred-Kowalke-Straße 14 hat wie folgt geöffnet:

- montags 10 – 16 Uhr,
- dienstags 13 – 17 Uhr,
- donnerstags 13 – 19 Uhr.
- **Kontakt:** Marina Richter-Kastschajewa, Telefon: 512 20 47
  Mail: info@die-linke-lichtenberg.de

TERMINE

- **Donnerstag, 13.11., 19.15 Uhr**
  Diskussion mit Wolfgang Albers: „Parlament aktuell“; Nachbarschaftshaus, Ribnitzer Straße 1 b
- **Sonntag, 16.11., 10 – 12 Uhr** *
  Politischer Frühschoppen: „Pulverfass naher Osten“, mit Evrim Sommer (MdA) und Harry Grünberg; Havanna Bar; Treskowallee 111
- **Montag, 17.11. und 1.12.14, jeweils 19 Uhr**
  Tagung des Bezirksvorstandes der Lichtenberger LINKEN; Geschäftsstelle, Alfred-Kowalke-Straße 14

WOHNEN & MIETEN

Kostenlose Tipps zum Thema Wohnen und Mieten gibt Dr. Lieselotte Bertermann. Wann: Montag, **17. November, 14 – 16 Uhr**, wo: Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14.

An jedem 4. Donnerstag im Monat, 17 – 19 Uhr, gibt es eine Mietenberatung im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28.

SPRECHSTUNDEN

- **Evrim Sommer**, MdA, Wahlkreis 1, Fon: 0151-15 60 23 56,
  26. November, 18.30 Uhr, Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12
- **Marion Platta**, MdA, WK 3,
  19. November, 17 – 19 Uhr,
  Nachbarschaftstreff, Weißenseer Weg 5
- **Katrin Lompscher**, MdA, WK 5,
  6. Dezember, 16 – 18 Uhr,
  Interkulturelles Bildungszentrum, Münsterlandstraße 33
- **Harald Wolf**, MdA, WK 6,
  Fon: 58 88 63 73, **17. November, 17 Uhr**, Bürgerbüro, Alfred-Kowalke-Straße 14

Die **Schattenseiten** der Gesellschaft

FOTOS: DIE LINKE.SDS

Engagiert:
„Kein Fußbreit dem Kryptofaschismus!“ Unser neues Mitglied Antonio Leonhardt bei einer Protestaktion des SDS gegen die AfD.

Gespräch mit dem Neumitglied Antonio Leonhardt (20). Antonio ist seit Februar in der LINKEN, er ist Mitglied in ihrem Studierendenverband (DIE LINKE.SDS) sowie bei ver.di. Er ist vor einem Jahr nach Lichtenberg gezogen und studiert Jura an der Humboldt-Uni.

Antonio, hast Du einen Lieblingsort in Lichtenberg?

Ich jogge gern. Dafür ist die Rummelsburger Bucht ein toller Ort.

Wie bist Du zu einem Linken geworden?

Ob als Schülersprecher, während meines sozialen Jahres in Kamerun oder im Studierendenparlament – ich habe stets versucht, mich mit meinen Ideen in die Gemeinschaft einzubringen, war also immer ein im weitesten Sinne politischer Mensch. Dadurch wurde auch mein Blick für unsere Gesellschaft und ihre Schattenseiten geschärft, und ich war beeindruckt, wie präzise die gesellschaftliche Linke in ihrer Analyse war und wie es ihr gelungen ist, Protest dagegen zu organisieren.

Warum bist Du zu einem LINKEN mit Parteibuch geworden?

Mit dem Beginn meines Studiums wurde ich bei DIE LINKE.SDS aktiv, habe mich u. a. bei Bildungsprotesten und im Bündnis „100 Prozent Tempelhofer Feld“ engagiert. Ein Studierendenverband ist aber nicht so breit aufgestellt wie eine Partei. Viele Themen, die mir wichtig sind, würden bei einem Engagement nur im Studierendenverband zu kurz kommen.

Worin besteht Dein Engagement in der Partei?

Ich wünsche mir eine Partei, die sich mehr der Gesellschaft öffnet und Anlaufpunkt für soziale Bewegungen ist. Dafür ist es wichtig, mehr junge Menschen für unsere Ideen zu gewinnen. In Lichtenberg bringe ich mich deshalb bei der Gruppe „Linke Aktion“ (LiA) ein, die wir gegründet haben, um mit kreativen Aktionen auf Missstände im Bezirk aufmerksam zu machen.

Was sind für Dich linke Kernthemen?

DIE LINKE sollte den Anspruch haben, unsere Gesellschaft sozial gerechter, friedlicher und ökologischer zu machen. Sie muss aber auch prinzipielle Alternativen zum Kapitalismus aufzeigen. Das Ziel, die herrschenden Verhältnisse radikal zu verändern, der demokratische Sozialismus, kann den Menschen eine Perspektive geben.

Die Fragen stellte
ROMAN VERESSOV

Diskutiert wird am Stammtisch

Mit der Gründung des LINKE-Ortsverbandes Frankfurter Allee Süd vor etwas mehr als zwei Jahren verfolgten wir vor allem zwei Ziele: Zum einen sollte die Arbeit der Partei im und für den Kiez gebündelt und sichtbarer gemacht werden. Zum anderen wollten wir aber auch wieder ein bisschen mehr Lust und Laune in das Parteileben bringen. Unsere fast 150 Mitglieder im Kiez sollen sich bei allem Einsatz für die Alltagsprobleme der Menschen im Kiez schließlich auch wohl fühlen und Freude an der Parteiarbeit haben. Aber wie heißt es so schön? Erst die Arbeit, dann das Vergnügen.

Wir haben zusammen einiges auf die Beine gestellt. Allerdings muss auch betont werden, dass wir in gewisser Hinsicht ziemlich privilegiert sind: Mit der Kiezspinne haben wir ein hervorragendes Nachbarschaftshaus. Hier engagieren sich zahlreiche Genoss/-innen seit Jahren ehrenamtlich. Ob im Vorstand, in der Mitarbeiterschaft oder in Projekten – fast überall trifft man ein Mitglied der LINKEN.

Mit Gesine Lötzsch und Andreas Prüfer hat unser Ortsverband den direkten Draht in den Bundestag und ins Rathaus. So konnten wir vieles auf die Beine stellen: zwei Kaffeetafeln mit Gesine im Kiez, Infostände am Ring-Center, Veranstaltungen zum Rundfunkbeitrag und zur Situation in der Pflege, das inzwischen traditionelle Weihnachtssingen von Bezirksvorstand und Fraktion und – ein besonderes Highlight – den Besuch des ehemaligen US-Botschafters Philip D. Murphy, der Gesines Einladung in die Kiezspinne folgte.

Und das Vergnügen? Wir haben einen monatlichen Stammtisch etabliert. Wir diskutieren mit einem Gast in lockerer Atmosphäre beim Bier über aktuelle Themen und tauschen uns aus. Er ist auch eine gute Anlaufstelle für Interessenten und Neumitglieder. Natürlich haben wir noch Luft nach oben. Aber der Anfang ist gemacht!

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG

FOTO: DIE LINKE

Hoher Besuch:
Auf Einladung von Gesine Lötzsch kam der ehemalige Botschafter der USA Philip D. Murphy in die Kiezspinne und stellte sich den Fragen der Gäste.

„Androgena“. Kunst im Bürgerbüro

Sasema Thoresen hat den Auftakt der Kunstausstellungen im neuen Bürgerbüro gemacht. „Androgena“, so der Titel ihrer Ausstellung, regt den Betrachter an, sich mit den eigenen andersgeschlechtlichen Anteilen zu beschäftigen und dabei einmal von einer ganz anderen Seite zu betrachten. Sie malt mit Acryl auf Leinwand. Aber auch vor Schrankrückwänden schreckt sie nicht zurück.

Das Genie zeigt sich bei Sasema vor allem in der Art, wie die Bilder auf den Betrachter wirken. Die Bilder wirken lebendig, die Figuren sind in Bewegung durch den Pinsel eingefangen.

Herausragend aus der Serie ist das Bild „Schwanensee“. In diesem Bild vereint die Künstlerin zwei ihrer Leidenschaften: Ballett und Reiten. Das hier dargestellte Pferd scheint zur gleichen Zeit scheu und stark, in Bewegung und doch verharrend. Silber, Gold, Grau und Blau auf hellem Hintergrund gestalten eine neblig-zauberhafte Atmosphäre.

Eine weitere Kunstrichtung, Musik am Bajan, zeigte am Abend der Vernissage Christian Pugatschow. Mit großem Können füllte er unsere Räume und Herzen mit musikalischer Energie.

KATRIN PETERMANN

FOTO: KATRIN PETERMANN

Bach und Tango:
Christian Pugatschow begeisterte die Gäste.

Auf zum **Drachenfest**

FOTO: NORMAN WOLF

Zum einem Drachenfest laden Gesine Lötzsch, direkt gewählte Bundestagsabgeordnete, und Evrim Sommer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, am Mittwoch, dem **19. November, um 14 Uhr** alle Himmelsstürmer an die Falkenberger Chaussee/Ecke Vincent-Van-Gogh-Straße ein. Nicht nur Kinder können an diesem Nachmittag ihren Drachen steigen lassen. Während der Drachenaktion haben die Besucher die Gelegenheit, mit den beiden Lichtenberger Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.

Ein neues Fotorätsel

Kennen Sie sich aus in Lichtenberg? Wie schon in der Oktoberausgabe der „info links“ suchen wir auch diesmal wieder einen Ort in Lichtenberg: Wo befindet sich dieses Graffito?

Die fünf Gewinner, die von den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2015 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine Lötzsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums. **Einsendeschluss** ist der **1.12.2014**. Die richtige Antwort bitte per Mail an: gesine.loetzsch@bundestag.de oder per Post schicken: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Lötzsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Und hier die **Lösung des Oktoberrätsels:** Wir suchten den Fennpfuhlpark. Die Plastik steht auf der Fläche der früheren Seeterrassen am Anton-Saefkow-Platz.

FOTO: KLAUS SINGER

„info links“ wird herausgegeben von:
DIE LINKE – Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:
Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Fon: (030) 512 20 47
Fax: (030) 51 65 92 42
Mail: info@die-linke-lichtenberg.de
Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V. i. S. d. P.: Daniel Tietze

Redaktionsschluss:
Ausgabe 9/2014: 3. November 2014

Die nächste Ausgabe erscheint am 4. Dezember 2014.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Gestaltung: Jörg Rückmann

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:
DIE LINKE. LV Berlin/Lichtenberg
IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803
BIC: DE UT DE DB 110
Bitte immer den Verwendungszweck angeben:
810-503, info links, Ihr Name, Vorname

MUSIK & TANZ

- **Sonnabend, 8.11., Sonntag, 9.11., 19 Uhr**
  Jugendtanzfestival mit der Modern Dance Company, „Patchwork on stage 2014“; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Eintritt: 10/7 €
- **Sonntag, 16.11., 17 Uhr**
  „Sänger komponieren“, Kooperation mit dem Rundfunkchor Berlin; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125, Eintritt: 18 €
- **Freitag, 28.11., 19 Uhr**
  Musikalischer Auftakt zum Advent, Kammerchor der Erlöserkirche Berlin-Lichtenberg; Museum Kesselhaus Herzberge, Herzbergstraße 79

VORTRAG

- **Freitag, 7.11., 18 Uhr**
  „Durchgangsheim Alt Stralau – Geschichte einer Umerziehungsanstalt“, Vortrag mit Detlef Krenz; Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türrschmidtstraße 24

THEATER

- **Mittwoch, 12.11., 16.30 Uhr**
  „Herr Eichhorn und der erste Schnee“, Theater für kleine Leute; Alte Schmiede, Spittastraße 40
- **Sonnabend, 29.11., 18 Uhr**
  „Schrödinger, Dr. Linda und eine Leiche im Kühlhaus“, Schauspiel, ab 13 Jahre; Theater an der Parkaue, Junges Staatstheater Berlin, Parkaue 29
- **Sonntag, 30.11., 16 Uhr**
  Premiere: „Die zweite Prinzessin“, ab 4 Jahre; Das Weite Theater, Parkaue 23

AUSSTELLUNGEN

- **Freitag, 7.11., 20 Uhr**
  Gespräch: „Widerspenstig und widerständig – Jugendkultur in Lichtenberg zwischen 1960 und 1990“; Museum Lichtenberg, Türrschmidtstraße 24, Ausstellung noch bis 30.4.2015
- **Mittwoch, 19.11., 19 Uhr**
  Eröffnung: „Austraitrans“, Sam Melser, Malerei, Zeichnungen, Collagen; Galerie rk im Ratskeller, Möllendorffstraße 6, bis zum 10.1.2015
- **Mittwoch, 19.11., 19 Uhr**
  Eröffnung: „eo ipso“, Keramik, Glasur und Skulptur von Andrea Herrmann; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, bis 14.1.2015